

Vorlage Nr.
für den Magistrat

Anzahl Anlagen: 2

Modellvorhaben "InSpo" - Inklusion im Sport

A Problem

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung hat am 12.03.2015 mit der als Anlage beigefügten Vorlage beschlossen, im Rahmen der Umsetzung des Modellvorhabens „InSpo - Inklusion im Sport“ eine Stelle im öffentlichen Dienst zu besetzen.

§ 9 Abs. 2 der Haushaltssatzung für das Jahr 2015 führt hierzu aus, dass „neue fakultative Aufgaben mit personellen Auswirkungen, deren Finanzierung sichergestellt ist und die nicht durch den Stellenplan abgedeckt sind, einer Genehmigung durch den Magistrat nach vorheriger Beschlussfassung im jeweiligen Fachausschuss und im Personal- und Organisationsausschuss bedürfen.

Die Stelle soll bereits zum 01.01.2016 besetzt werden.

B Lösung

Um möglichst unmittelbar nach der Beschlussfassung des Personal- und Organisationsausschusses mit dem Stellenbesetzungsverfahren beginnen zu können, empfiehlt sich in diesem Fall ausnahmsweise die vorherige Befassung mit der Angelegenheit durch den Magistrat.

Vorbehaltlich der Zustimmung des Personal- und Organisationsausschusses stimmt der Magistrat im Rahmen der Umsetzung des Modellvorhabens „InSpo - Inklusion im Sport“ der Besetzung einer Stelle im öffentlichen Dienst zu.

C Alternative

Keine, die dem zugrunde liegenden Deputationsbeschluss entsprechend würde.

D Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen

Im Rahmen der Finanzierung werden 70 % Drittmittel (Ausgleichsabgabe sowie Förderleistung der Agentur für Arbeit) gezahlt.

Bei einem Eigenanteil der zu tragenden Personalkosten von 30 % für den städtischen Haushalt beträgt der Anteil 18.000 € pro Beschäftigungsjahr. Dieser Betrag ist zu 50 % aus dem Budget/den Rücklagenmitteln des Amtes für Menschen mit Behinderung zu tragen. Die weiteren 50 % werden aus zentralen Mitteln des Personalamtes finanziert.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen liegen nicht vor.

Es wird sichergestellt, dass die Ausschreibung gleichermaßen für weibliche sowie männliche

arbeitslose schwerbehinderte Menschen mit akademischer Ausbildung erfolgt.

E Beteiligung / Abstimmung

Das Amt für Versorgung und Integration Bremen, das Amt für Sport und Freizeit, die Magistratskanzlei sowie das Personalamt wurden beteiligt.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Die Öffentlichkeitsarbeit erfolgt zu gegebener Zeit durch das Dezernat V.
Eine Veröffentlichung im Sinne des BremIFG wird sichergestellt.

G Beschlussvorschlag

Vorbehaltlich der Zustimmung des Personal- und Organisationsausschusses stimmt der Magistrat im Rahmen der Umsetzung des Modellvorhabens „InSpo - Inklusion im Sport“ der Besetzung einer Stelle im öffentlichen Dienst zu.

Uwe Parpart
Stadtrat

Torsten Neuhoff
Stadtrat

Anlage 1: Ausschussvorlage

Anlage 2: Deputationsvorlage Nr. 18/4245-L